



Leitantrag

Bayern.Digital

-

Die Zukunft ist jetzt!

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Mies-van-der-Rohe-Straße 1, 80807 München

Telefon 0 89/12 43-2 44, Telefax 0 89/12 43 4555

ju@ju-bayern.de

1 **Präambel**

2 Wir leben in einer zunehmend digital vernetzten Welt. Die Digitalisierung durchdringt alle
3 Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat: Es gibt kaum eine Lebenssituation, in der
4 die digitale Revolution nicht zu Veränderungen führt. Kein einzelnes Land, kein Unterneh-
5 men und kaum ein Bürger können sich der Digitalisierung entziehen.

6 Gerade ein hochgradig vernetztes Land wie Bayern kann sich dieser globalen Veränderung
7 nicht entziehen. Von uns hängt es ab, ob wir die darin liegenden Chancen aktiv ergreifen
8 oder passiv zuschauen, wie andere die Welt verändern. Wir wollen Digitales auf allen baye-
9 rischen Ebenen einsetzen, um den Staat noch schneller und effektiver zu machen. Wir wollen
10 eine Digitalisierung, die alle Regionen einschließt, und durch Techniken wie bspw. autonome
11 Mobilität gewährleisten, dass sich die Lebens- und Standortbedingungen zwischen Stadt
12 und Land weiter annähern. Wir sind überzeugt, dass mit der Digitalisierung immense Chan-
13 cen für Bayern, seine Bürger und seine Betriebe verbunden sind. Damit wir vorhandene Ar-
14 beitsplätze sichern und neue schaffen, muss Bayern auch hier Weltspitze sein.

15 Digitalisierung bedeutet Wandel in allen zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Mitei-
16 nanders. Es ist daher zentrale Aufgabe der Politik den Wandel zu erklären, selbst mitzuge-
17 stalten und dadurch Chancen und Potentiale zu entwickeln. Wir verstehen die Digitalisierung
18 als Leitmotiv und Querschnittsaufgabe für die nächsten Dekaden.

19 **I. Infrastruktur**

20 Die Herausforderungen der Digitalisierung können aber nur bewältigt werden, wenn wir flä-
21 chendeckend die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür schaffen. Für 61 Prozent der Un-
22 ternehmen zählt ein leistungsstarkes Internet zu den Rahmenbedingungen, die die Politik
23 erfüllen muss, um die Digitalisierung in den Unternehmen zu fördern. Mangelnde Breitband-
24 versorgung wird von Unternehmen fast schon traditionell am häufigsten als Digitalisierungs-
25 hemmnis genannt (43 Prozent). Hinzu kommt, dass noch immer vor allem der ländliche
26 Raum mit Glasfaser bis ins Haus kaum erschlossen ist.

27 Auch im Mobilfunk gibt es ein Stadt-Land-Gefälle. Sind die Metropol-Regionen ausreichend
28 abgedeckt, häufen sich im ländlichen Raum immer noch Funklöcher. Hinzu kommt, dass Mo-
29 bilfunk bzw. die Datentarife der teurer als in vergleichbaren europäischen Ländern sind.
30 Auch in Ländern mit höherem Preisniveau wie Dänemark oder der Schweiz kann man unter
31 30 Euro unbegrenzt surfen. Das entsprechende Angebot in Deutschland kostet mindestens
32 doppelt so viel. In der bayerischen Verfassung sind gleichwertige Lebensverhältnisse in allen
33 Regionen festgeschrieben. Dem fühlen wir uns verpflichtet und es muss unser Anspruch

34 sein, dass ganz Bayern auch bei der digitalen Infrastruktur und den damit verbundenen Kos-
35 ten die Spitzenposition einnimmt, wenn wir weiter Wirtschafts- und Lebensstandort Num-
36 mer eins bleiben wollen.

37 Wir fordern:

- 38 1. Breitband muss für alle zugänglich und bezahlbar sein. Dazu ist es erforderlich, dass
39 die Europäische Kommission kurzfristige das Ziel des Anschlusses an das Gigabit-
40 Netz anerkennt und nicht durch jahrelange Prüfungen von Förderverfahren den Aus-
41 bau in Bayern blockiert.
- 42 2. Beim Breitbandausbau muss das Prinzip der Netzneutralität geachtet werden. Auf
43 europäischer Ebene soll durch die DSM-Verordnung ein entsprechendes verlässliches
44 Regulierungsumfeld erarbeitet werden. Die anvisierten höheren Bandbreiten müs-
45 sen diskriminierungsfrei allen Nutzern zur Verfügung stehen. Dies sollte auch recht-
46 lich sichergestellt werden.
- 47 3. Bis 2025 müssen alle Haushalte mit Glasfaserleitungen angebunden sein.
- 48 4. Bei allen Straßenbaumaßnahmen sollen Leerrohre mit genügend Spielraum vorge-
49 sehen werden, um für die Technologie von morgen gerüstet zu sein. Wo eine Straße
50 unverändert bleibt, sind Methoden mit möglichst kleinen Eingriffen anzuwenden.
- 51 5. Bei zukünftigen Vergaben von Mobilfunklizenzen werden diese nicht mehr an den
52 Höchstbietenden vergeben, sondern danach, wer Flächendeckung, Mindestge-
53 schwindigkeit und weitere Leistungen garantieren kann. Konkret sollen mit der neu
54 erhaltenen Frequenz 96% der Fläche Deutschlands und nicht 96% der deutschen
55 Haushalte abgedeckt werden.
- 56 6. Bis eine flächendeckende Mobilfunkversorgung in Deutschland gewährleistet ist,
57 muss ein sog. „National Roaming“ eingeführt werden.
- 58 7. Der Ausbau der Narrow-Band-Mobilfunktechnik ist weiter voranzutreiben und zu för-
59 dern, um einen flächendeckenden Einsatz des Internet of Things zu ermöglichen.
- 60 8. Die Leistung der Service-Provider muss verstärkt kontrolliert werden. Ein 100 Mbit/s-
61 Vertrag muss auch 100 Mbit/s liefern.

62 II. Bildung

63 Bildung ist unsere wertvollste Ressource, aber auch diese muss im Zeichen der Digitalisie-
64 rung weiterentwickelt und neu gedacht werden. Die Anforderungen an die Arbeitswelt wer-
65 den sich in den kommenden Jahren völlig verändern. Ganze Berufsgruppen werden im Zuge
66 der Digitalisierung ihre Bedeutung verlieren. 70% der Menschen in Europa glauben, dass sie

67 durch die Digitalisierung und Automatisierung der Arbeitswelt ihren Job verlieren könnten.
68 Circa 36 % der deutschen Unternehmen nennen das fehlende Wissen ihrer Mitarbeiter als
69 Digitalisierungshemmnis und 30 % konstatieren einen Mangel an IT-Fachkräften. Wir müs-
70 sen unsere Bürger fit für die Digitalisierung machen.

71 Wir fordern:

- 72 1. In allen lehrerbildenden Studiengängen sind innerhalb der Lehramtsprüfungsordnung
73 verpflichtende Inhalte aufzunehmen, die den angehenden Lehrkräften fachspezifische
74 digitale Kompetenzen vermitteln.
- 75 2. Insbesondere die Lehrberufe sind laufend an die neuen Herausforderungen der Digi-
76 talisierung anzupassen.
- 77 3. Im Rahmen der Lehrerausbildung wird ein zusätzliches, freiwilliges Fortbildungspro-
78 gramm angeboten, das die bestehende Lehramtsqualifikation um notwendige Berei-
79 che der Digitalisierung erweitert.
- 80 4. Neben Rechnen, Schreiben und Lesen sollen digitale Kompetenzen verpflichtend in
81 die Lehrpläne aller weiterführenden Schulen integriert werden, beispielsweise durch
82 ein Wahlpflichtfach "Software-Programmierung".
- 83 5. In allen Studiengängen soll neben den fachspezifischen digitalen Kompetenzen auch
84 ein allgemeines Verständnis für die fortschreitende digitale Entwicklung und deren
85 Folgen vermittelt werden.
- 86 6. Es wird eine Virtuelle Volkshochschule Bayern geschaffen. Diese ist keine eigenstän-
87 dige Hochschule, sondern als Verbundinstitut eine gemeinsame Einrichtung der Volks-
88 hochschulen im Freistaat Bayern. Damit soll das fachliche, technische und didaktische
89 Potenzial der bayerischen VHS im Bereich der Online-Lehre für die Bürger unabhängig
90 von ihrem Wohnort nutzbar gemacht werden.

91 **III. Verwaltung**

92 Die Nutzung von E-Government-Angeboten ist in den vergangenen Jahren immer weiter an-
93 gestiegen. Während im Jahr 2013 nur 36 Prozent der Bürger E-Government-Angebote genutzt
94 haben, waren es 2016 schon 45 Prozent. Zeitgleich ist ebenfalls die Angst vor mangelnder
95 Datensicherheit oder -schutz gesunken (von 66 auf 34 Prozent). Das wesentliche Hemmnis
96 stellt der geringe Bekanntheitsgrad und Verfügbarkeit von E-Government-Angeboten dar. Der
97 Staat muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen und sich dringend den Bedürfnissen des 21.
98 Jahrhunderts anpassen.

99 Wir fordern:

- 100 1. Alle grundlegenden Dienstleistungen des Staates müssen über einen digitalen Por-
101 talverbund von Bund und Ländern erreichbar sein. erreichbar sein. Technische und
102 rechtliche Barrieren bei der Zusammenführung der Daten zwischen Ämtern sind ab-
103 zubauen. Für weitere Anwendungen sind Schnittstellen zu schaffen. Zudem müssen
104 alle Verwaltungsvorgänge bis Ende 2020 komplett online erledigt werden können.
- 105 2. Künstliche Intelligenz muss auch in der weiteren Datenverarbeitung innerhalb der
106 Verwaltung zum Einsatz kommen. Eine automatische Bearbeitung und damit einher-
107 gehende deutliche Verkürzung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit von Anträ-
108 gen muss schrittweise umgesetzt werden.

109 **IV. Mobilität**

110 Die Digitalisierung eröffnet im Verkehrsbereich völlig neue Möglichkeiten für Hersteller, Zu-
111 lieferer und Dienstleister, wie z.B. den öffentlichen Nahverkehr, sowie den Endnutzer. Die
112 Menschen möchten sich dabei möglichst einfach fortbewegen. Die erforderliche konsequente
113 Vernetzung der Verkehrsträger wird dabei durch den Einsatz neuer Informations- und Kom-
114 munikationstechnologien wesentlich vereinfacht. In der Praxis ist eine Vernetzung nur ansatz-
115 weise vorzufinden.

116 Wir fordern:

- 117 1. Es wird ein eTicket-Bayern für den ÖPNV eingeführt. Dieses soll über eine automati-
118 sierte Preisfindung funktionieren und bayernweit gültig sein. Dieses Angebot soll so-
119 wohl für Dauernutzer als auch für Gelegenheitsnutzer möglich sein.
- 120 2. Die Gründung einer Mobilitätsplattform, welche alle Verkehrsmittel miteinander ver-
121 bindet (Bahn, Flug, Carsharing, etc.), um den Bürger den schnellsten und günstigsten
122 Weg von A nach B vorzuschlagen.
- 123 3. Elektronische Chipkarten oder Handytickets sollen Papierfahrkarten für Busse und
124 Bahnen in allen deutschen Städten überflüssig machen.
- 125 4. Die Vernetzung der Verkehrsteilnehmer mit Teilen der Verkehrsinfrastruktur ermög-
126 licht in der Übergangsphase zum autonomen Fahren bereits umfangreiche Potenti-
127 ale hinsichtlich Effizienz, Umweltbelastung und Mobilität (z.B. durch Optimierung
128 von Ampelschaltungen, Routenplanung und Beschleunigungs-/Bremsvorgängen).
129 Die notwendigen Standards sind festzulegen und die notwendigen Investitionen
130 durch Förderungen zu unterstützen.

- 131 5. Ganz Bayern soll ein Testfeld für digitales Fahren werden. Bisher existiert bereits auf
132 der A9 ein digitales Testfeld. Dies soll nun auf ganz Bayern ausgeweitet werden, um
133 den Anforderungen des alltäglichen Verkehrs vollumfänglich gerecht werden zu kön-
134 nen.
- 135 6. Die bisherige integrierte Stadtentwicklung der Kommunen ist zu einer Smart-City-
136 Strategie auszuweiten, um wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte
137 des technologischen Wandels ganzheitlich zu betrachten.
- 138 7. Intelligentes Parken soll in den bayerischen Innenstädten ermöglicht werden. Über
139 intelligente Parkleitsysteme erhalten Autofahrer per App oder direkt ins Auto einen
140 Überblick der freien Parkplätze. Die Suche nach geeignetem Parkraum erfolgt so
141 deutlich einfacher und effizienter.

142 **V. Arbeit**

143 Nicht nur wirtschaftliche oder gesellschaftliche Prozesse werden durch die Digitalisierung
144 verändert. Auch die Arbeitswelt ist massiven Umwälzungen unterworfen.

145 Wir fordern:

- 146 1. Digitale Bildung muss in den Fokus auch der innerbetriebliche Fortbildung ge-
147 rückt werden. Daher braucht es steuerliche Anreize für Unternehmen und Arbeit-
148 nehmer, um Fortbildungen gerade auf dem Gebiet der digitalen Kompetenzen
149 massiv auszubauen.
- 150 2. Das deutsche Arbeitszeitrecht beruht auf Vorstellungen des vergangenen Jahr-
151 hunderts. Mobilität, Erreichbarkeit aber auch die Verteilung von Arbeitszeit ha-
152 ben sich seitdem gravierend verändert. Darauf muss auch das Arbeitszeitrecht
153 reagieren und nicht länger Utopien nachhängen, sondern die Lebenswirklichkeit
154 abbilden. Dazu gehört gerade mehr Freiheit im Bereich der Einteilung von wö-
155 chentlichen Höchstarbeitszeiten.
- 156 3. Der Ort der Arbeit verliert immer mehr an Bedeutung. Hieran muss sich auch der
157 Staat orientieren und dezentrale Orte schaffen, an denen vollumfänglich auf die
158 erforderliche Infrastruktur zurückgegriffen werden kann, ohne dass die Anwesen-
159 heit in den Stammhäusern erforderlich ist.

160 **VI. Barrierefreiheit**

161 Ohne Zugang zu modernen Informationsmitteln verschlechtern sich die Chancengleichheit
162 am Arbeitsmarkt sowie die persönliche Lebensqualität deutlich.

163 Im regulären wie auch im beruflichen Alltag (z.B. bei der Nutzung von Verkehrsmitteln, im
164 Freizeitverhalten) sind das Internet, Softwareanwendungen oder Automaten Teil unseres
165 selbstverständlichen Lebens geworden und werden eine immer größere Rolle spielen – und
166 zwar für alle Menschen! Ob jung oder alt, aktiv oder leistungseingeschränkt, gesund oder
167 krank, Professor oder Arbeiter, Selbständiger oder Angestellter, Schüler oder Lehrer!

168 Keiner darf vom digitalen Leben ausgeschlossen werden. Jeder benötigt in der digitalen Welt
169 maximale „Barrierefreiheit“, um problemlos, ohne Hürden, einfach, benutzerfreundlich und
170 leicht bedienbar am digitalen Leben teilhaben zu können!

171 Wir fordern deshalb die größtmögliche gestalterische „digitale Barrierefreiheit“ innerhalb der
172 Informationstechnologie.

173

174 **VII. Regulierung**

175 Die Digitalisierung stellt den Staat und unser Rechtssystem vor große Herausforderungen.
176 Chancen für mehr Transparenz, Schnelligkeit und Gründlichkeit im Rechtsverkehr gilt es zu
177 nutzen. Rechtssicherheit in der digitalen Welt zu gewährleisten, ist Aufgabe eines modernen
178 Staates. Datenschutz und Datensicherheit kommen dabei eine Schlüsselrolle zu.

179 Wir fordern:

- 180 1. Digitalisierung braucht eine digitale Ethik. Wir stellen die digitale Souveränität der
181 Menschen in den Mittelpunkt. Maßgabe muss der selbstbestimmte Umgang mit den
182 eigenen Daten sein. Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung für
183 die Welt von Daten und Algorithmen weiterentwickeln.
- 184 2. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen nicht unbewusst oder gezwungenermaßen
185 mit ihren Daten bezahlen müssen. Auch autonome Systeme und künstliche Intelli-
186 genz müssen unseren ethischen Vorgaben folgen. Die Prüfung der Algorithmen – von
187 Programmen und Befehlen – muss hier möglich sein.
- 188 3. Wir lehnen die Einführung eines sogenannten Upload-Filters ab. Mit der Einführung
189 von Upload-Filtern würde ein Instrument etabliert, das in hohem Maße gefährdend
190 für die freie Meinungsäußerung ist. Es wird ein Regime von Filtermechanismen ein-
191 geführt, die nicht mehr für die Allgemeinheit nachvollziehbar sind und mit denen
192 missliebige Meinungsäußerungen unerkannt aus den Plattformen verbannt werden
193 können. Solche Filter behindern Innovationen, Mut im digitalen StartUp-Sektor, Kre-
194 ativgeist und blockieren die digitale Eigenständigkeit.

195 4. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist gescheitert. Wir fordern deswegen seine Ab-
196 schaffung und setzen uns für die Schaffung großer Schwerpunktstaatsanwaltschaften
197 und Lauterkeitsgerichten ein, die HateSpeech im Netz konsequent durch den
198 Rechtsstaat verfolgen und bestrafen. Den Netzwerkanbietern soll eine Anzeigepflicht
199 auferlegt werden. Die Durchsetzung von sensiblen Straftatbeständen, die die
200 Meinungsfreiheit berühren, kann nur der Staat mit einer schlagkräftigen Justiz ga-
201 rantieren.

202 5. Da häufig keine Grenzkosten existieren, haben digitale Angebote eine Tendenz zur
203 Bildung natürlicher Monopole. Auch im Internetbereich ist eine wirksame Monopol-
204 kontrolle erforderlich, um die Erzielung von Renten zu verhindern und den Wettbe-
205 werb um das beste Produkt aufrecht zu erhalten.

206 **VIII. Digitale Gesundheit**

207 Die Informations- und Kommunikationstechnik hält immer stärker Einzug in den medizini-
208 schen Sektor. Neben der reinen Telemedizin hat sich eine Vielzahl von E-Health-Anwendungen
209 auf unterschiedlichen Feldern etabliert. Insbesondere Produkte aus dem Mobile-Health-Sek-
210 tor erleben derzeit aufgrund der Verbreitung mobiler Endgeräte, besonders im privaten Sek-
211 tor, einen Aufschwung.

212 Neben dem Gedanken der Kostenersparnis dient der Einsatz von E-Health-Anwendungen
213 auch dem Patientenwohl, da so unnötige oder doppelte Untersuchungen vermieden werden
214 können. Auch ist die Zeitersparnis ein wichtiger Faktor für die Patienten, aber auch für die
215 Mediziner. Der persönliche Patientenkontakt ist unersetzlich und benötigt Zeit, um die Pati-
216 enten umfassend zu beurteilen und menschlich zu behandeln.

217 Ziel muss es sein, die Potenziale der elektronisch gestützten Gesundheitsversorgung weiter-
218 zuentwickeln und E-Health breitflächig zur besseren gesundheitlichen Versorgung der Bevöl-
219 kerung zu etablieren.

220 Wir fordern:

221 1. Unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels gewinnt die Telemedi-
222 zin große Bedeutung. Oftmals ist eine persönliche Kontaktaufnahme nicht
223 mehr unmittelbar erforderlich. Beratung und Kommunikation muss daher auch
224 jenseits von „Dr. Google“ ausgebaut und auf eine verlässliche Basis gestellt
225 werden.

226 2. Der Markt der mobilen Gesundheitsanwendungen entwickelt sich sehr dyna-
227 misch. Insbesondere Gesundheits-Apps haben eine weite Verbreitung gefun-
228 den. Von der Gewichtsüberwachung über die Ernährungsberatung bis hin zur

229 Medikation hat sich eine große Bandbreite in unterschiedlicher Qualität entwi-
230 ckelt. Da Gesundheit ein besonders sensibles Themenfeld ist, kommt der Ver-
231 trauenswürdigkeit von Gesundheits-Apps eine außerordentlich große Bedeu-
232 tung zu. Daher braucht es eine Zertifizierung von Gesundheits-Apps.

233 **IX. Staatsministerium für Digitales**

234 Wir befinden uns mitten in der digitalen Revolution. Die Digitalisierung wird alle Lebensberei-
235 che berühren. Dafür müssen auf Bundes- wie auf Landesebene dringend eigenständige Mini-
236 sterien geschaffen werden. Die Berufung einer Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin für
237 Digitalisierung kann dabei nur ein Anfang gewesen sein. Vielmehr müssen sämtliche Fragen
238 der Infrastruktur, des digitalen Wandels von Gesellschaft, Wirtschaft und der Verwaltung zent-
239 ral in einem Haus konzentriert werden.

240 **X. Digitale Sicherheit**

241 Staat, Wirtschaft und Gesellschaft profitieren zunehmend von einer vernetzten, digitalisierten
242 Welt. Zugleich sind Institutionen, Firmen und Personen gegen Angriffe im Cyber- und Infor-
243 mationsraum verwundbarer geworden. Ein neues Bewusstsein im Bereich der Cyber-Sicher-
244 heit ist notwendig. Private und öffentliche Systeme sind oftmals nicht oder sehr schlecht ab-
245 gesichert. Eine nationale Cyber-Sicherheitsstrategie soll Kompetenzen bündeln und die Zu-
246 sammenarbeit der Länder und ihrer Behörden untereinander stärken. Die Sicherheitsbehör-
247 den – Polizei, Nachrichtendienste, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
248 (BSI), das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) sowie das Nationale Cy-
249 ber-Abwehrzentrum (NCAZ) – müssen personell und technisch für die Bekämpfung von Cyber-
250 kriminalität ausgestattet werden.

251 Cybersicherheit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die eine Zusammenarbeit über politische
252 Ressortgrenzen hinweg erfordert. Wenn Cyberattacken Krankenhäuser und Energieversorger
253 lahmlegen, unsere persönlichen Daten ausspähen oder Wahlen beeinflussen, dann ist unsere
254 Gesellschaft in ihrem Grundbedürfnis nach Sicherheit bedroht. Deshalb muss Bayern seine
255 Bürger schützen.

256 Wir fordern:

- 257 1. Neue Medien fördern auch neue Gefahren. Es ist dringend darauf hinzuwei-
258 sen, dass die Strafverfolgungsbehörden für den Schutz von kritischen Infra-
259 strukturen besser ausgebildet werden. Bereits die Netzarchitektur soll die Ent-
260 stehung eines rechtsfreien Raums unmöglich machen. Nutzer müssen wissen,
261 dass sie sich in einer sicheren Umgebung aufhalten, es sei denn, dies ist anders
262 gekennzeichnet.

- 263 2. Wir setzen uns dafür ein, dass die bisherigen Normen zur Anwendung des Völ-
264 kerrechts auch im Cyberraum (Cyberwar) rechtliche Gültigkeit erlangen oder
265 neue Regelungen – auch national – entwickelt werden.
- 266 3. IT-Sicherheit und Cyber-Defence müssen ins Zentrum von Forschung und Stra-
267 tegie rücken. Der Ausbau der Universität der Bundeswehr in München als zent-
268 rale Forschungsstelle für Cybersicherheit muss weiter vorangetrieben werden.
269 Gleichzeitig muss der Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik
270 intensiviert, gemeinsame Regelwerke und Prozesse zur Verhinderung von An-
271 griffen müssen erarbeitet werden.